

Queerpolitischer Beirat			2. Sitzungsprotokoll
Sitzungstag: 28.08.2020	Sitzungsbeginn: 14:00 Uhr	Sitzungsende: 16:00 Uhr	Sitzungsort: Etage, Herdentorsteinweg 37, 28195 Bremen
Teilnehmende: siehe anliegende Anwesenheitsliste			
Vorsitz: Sören Hoyer (Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport), ab TOP 3 Maïke-Sophie Mittelstädt (TransRecht e.V.)			

Folgende Tagesordnung wurde vorab an die Teilnehmenden per E-Mail versendet:

1. Begrüßung und Einführung
2. Benennung Geschäftsstelle durch SJIS
3. Wahl ein*er Sprecher*in und stv. Sprecher*in des Beirats
4. Aufnahme weiterer ständiger Gäste
 - a. Landesverband pro familia
 - b. Landesbehindertenbeauftragter der Freien Hansestadt Bremen
5. Schutzräume für queere Jugendliche
6. Mittelverwendung für den Bereich LSBTIQ*
7. Gendergerechte Sprache
8. Aktionsplan gegen Homo-, Trans*- und Interphobie für das Land Bremen
9. Internetauftritt

TOP 1: Begrüßung und Einführung

Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport, Anja Stahmann ist kurzfristig erkrankt und wird von Sören Hoyer (Leiter Referat 21 „Bürgerschaftliches Engagement, Selbsthilfe, Familienförderung und -politik und gleichgeschlechtliche Lebensweisen“) vertreten. Er begrüßt alle Anwesenden zur 2. Sitzung des Queerpolitischen Beirats (QB) und erläutert kurz das Hygiene-Konzept, welches auf der Sitzung ausliegt und diesem Protokoll anhängt. Hoyer lässt über einen Änderungsvorschlag zur Tagesordnung abstimmen. Die Tagesordnung wird in abgeänderter Form wie folgt beschlossen:

1. Begrüßung und Einführung
2. Benennung Geschäftsstelle durch SJIS
3. Wahl ein*er Sprecher*in und stv. Sprecher*in des Beirats

4. Aufnahme weiterer ständiger Gäste
 - a. Landesverband pro familia
 - b. Landesbehindertenbeauftragter der Freien Hansestadt Bremen
 - c. LSBTIQ*-Beauftragter der Polizei Bremen
5. Schutzräume für queere Jugendliche
6. Mittelverwendung für den Bereich LSBTIQ*, insbesondere zur Umsetzung des Aktionsplans gegen Homo-, Trans*- und Interphobie für das Land Bremen
7. Gendergerechte Sprache (Input von Ulrike Bendrat, AFZ)
8. Internetauftritt

Das Protokoll zur Sitzung vom 28.02.2020 wird beschlossen.

TOP 2: Benennung der Geschäftsstelle durch SJIS

Die Geschäftsstelle des Queerpolitischen Beirats befindet sich im Referat 21 der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport Bis zur Besetzung der Stelle Queerpolitische Koordinierung bleibt weiterhin Marina Jürgens Ansprechpartnerin im Referat zu allen Fragen im Rahmen des QBs.

TOP 3: Wahl ein*er Sprecher*in und stv. Sprecher*in des Beirats

Bei Wahlen sind alle Mitglieder des QBs stimmberechtigt. Im Vorfeld wurde Maike-Sophie Mittelstädt bereits als Sprecherin vorgeschlagen. Nach einer kurzen Vorstellung wird Maike-Sophie Mittelstädt per Handzeichen als Sprecherin gewählt. Kai Wagalla wird als stellvertretende Sprecherin vorgeschlagen. Nach einer kurzen Vorstellung wird sie ebenfalls per Handzeichen als stellvertretende Sprecherin gewählt. Sören Hoyer beglückwünscht die gewählten Sprecherinnen und übergibt den Vorsitz an Maike-Sophie Mittelstädt.

TOP 4: Aufnahme weiterer ständiger Gäste:

Die aufzunehmenden Gäste werden jeweils um kurze Vorstellung gebeten. Anschließend wird über die einzelnen Aufnahmen abgestimmt.

- a. Landesverband pro familia
Es wird per Handzeichen abgestimmt und der Aufnahme zugestimmt. Pro familia ist somit als ständiger Gast in den QB aufgenommen.
- b. Landesbehindertenbeauftragter der Freien Hansestadt Bremen
Es wird per Handzeichen abgestimmt und der Aufnahme zugestimmt. Der Landesbehindertenbeauftragte ist somit als ständiger Gast in den QB aufgenommen.

- c. Der LGBTIQ*-Beauftragte der Polizei Bremen (Vorschlag von Maja Tegeler)
Es wird per Handzeichen abgestimmt und der Aufnahme zugestimmt. Der LGBTIQ*-Beauftragte der Polizei Bremen ist somit als ständiger Gast in den QB aufgenommen.

TOP 5: Schutzräume für queere Jugendliche

Es wird berichtet, dass in 2021 Schutzräume für queere Jugendliche geschaffen werden sollen, der genaue Bedarf aktuell aber noch unklar sei. Sören Hoyer berichtet, dass zu diesem Thema bereits Kontakt mit dem RAT&TAT-Zentrum sowie TransRecht e.V. aufgenommen wurde. Des Weiteren wurden die erfahrenen Träger Bremer Jungenbüro und Bremer Mädchenhaus angefragt, ob sie für einen Auftaktermin zur Verfügung stehen würden. Ziel sei es, den Prozess anzustoßen und die nächsten Schritte der Umsetzung zu planen. Sören Hoyer bittet daher um Anmerkungen und Hinweise aus den Reihen des Beirats, bezüglich Bedarfen und zu klärenden Fragen.

Der Bedarf für Schutzräume habe sich bereits sowohl in Bremen als auch in Bremerhaven und über die Bremer Landesgrenzen hinaus gezeigt. Ein entsprechendes Angebot von Schutzräumen müsse barrierefrei sein und neben dem Wohnraum auch Flächen zum Austausch beinhalten. Zudem könne sich das Konzept der Wohnunterkünfte an dem der Frauenhäuser anlehnen. Hier seien länderübergreifende Aufnahmen von Bedürftigen möglich und würden anschließend zwischen den Ländern abgerechnet. Auf der nächsten Sitzung soll über den Zwischenstand informiert werden.

TOP 6

Der formal beschlossene Haushalt der Freien Hansestadt Bremen für 2020/2021 wird erläutert, in dem das Gesamtbudget für den Bereich LSBTIQ* auf Initiative von Senatorin Anja Stahmann sowie der Fraktionen erheblich erhöht werden konnte. Dadurch kann unter anderem die Arbeit des RAT&TAT-Zentrums und Transrechte e. V. sowohl inhaltlich als auch regional ausgebaut werden. Die unter TOP 2 erwähnte aktuell Koordinierungsstelle für den QB werde zudem den Beirat begleiten und den Aktionsplan vorantreiben. Das Budget für 2020 stelle aktuell noch 60.000 € für Projekte zur Umsetzung des Landesaktionsplans gegen Homo-, Trans*- und Interphobie zur Verfügung. In 2021 können mit weiteren Mitteln für Projekte gerechnet werden, welche insbesondere für die Umsetzung des Aktionsplans eingesetzt werden sollen. Der Beirat wird aufgefordert, entsprechende Vorschläge möglichst zeitnah an das Referat 21 zu tragen. Hierzu sei Marina Jürgens Ansprechpartnerin. Zudem ist ein weiteres Budget über 40.000 € für „queere Kulturprojekte“ beim Senator für Kultur verfügbar. Hierzu ist Nicole Hasenjäger Ansprechpartnerin.

Aktuell sucht Transrecht e. V. zur Erweiterung seines Beratungsangebots nach Räumlichkeiten in Bremen Nord und Bremerhaven. Claus Polansky bietet seine Hilfe bei der Suche nach Räumlichkeiten in Bremerhaven und Nicole Hasenjäger ihre Unterstützung als Vermittlerin bei Gesprächen mit Immobilien Bremen an.

Weiterer Bedarf wird im Bereich „LSBTIQ* im Alter“ gesehen. Eine entsprechende zielgruppenspezifische Broschüre des RAT&TAT-Zentrum werde im Oktober fertig gestellt.

TOP 7

Ulrike Bendrat (Kompetenzteam Bürger*innenservice und Kommunikation, Aus- und Fortbildungszentrum) hält eine Präsentation zum Thema „Gendersensible Sprache in der Bremer Verwaltung“, welche dem Protokoll anhängt.

Diese soll zunächst als Handreichung in den Senat gehen und anschließend in die Geschäftsordnung aufgenommen werden. Die Handreichung solle als Umsetzungshilfe dienen. In der anschließenden Diskussion werden Vorbehalte gegenüber dem „:“ geäußert. Dieser werde innerhalb der queeren Community als Festschreibung der Binarität abgelehnt. In der queeren Community werden hauptsächlich der Genderstern und der Gendergap genutzt. Außerdem habe das „*“ bereits Probleme in der technischen Umsetzung der Barrierefreiheit gezeigt. Weitere Varianten wie „::“ und „-“ oder eine unterschiedliche Nutzung von „*“ und „:“ in Papierform und Online-Dokumenten werden zur Umgehung der technischen Schwierigkeiten im Rahmen der Barrierefreiheit genannt. Auch wurde die Frage aufgeworfen, welche Screenreader üblich seien und welche Formen diese unterstützen können. Hierzu könne auch der Landesbehindertenbeauftragte eingebunden werden. Zudem wird eine begrenzte Testphase empfohlen, um spezifische Schwierigkeiten zu analysieren.

TOP 8

Im Rahmen der Bürger*innennähe und Transparenz spricht sich der QB für einen öffentlichen Zugang von Protokollen und anderen abgestimmten Dokumente auf der Homepage des Referats 21 aus.

Verschiedenes

Sören Hoyer weist auf die Ergebnisse der Jugend- und Familienministerkonferenz vom 27.05.2020 hin. Unter TOP 2.1 begrüßen die Minister*innen und Senator*innen das Vorhaben der Bundesregierung, geschlechtsverändernde Operationen zu verbieten. Im Bericht des Bundes wurde zudem darauf hingewiesen, dass die Mindeststandards der Bundesinitiative zum Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften um die Annexe zu ge-

flüchteten Menschen mit Behinderung, für LSBTI* und für geflüchtete Menschen mit Traumafolgestörungen ergänzt wurden. Außerdem wurde die Bundesregierung aufgefordert, einen Nationalen Aktionsplan zugunsten der vollständigen rechtlichen und gesellschaftlichen Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans*, Inter* und queeren Menschen – LSBTIQ* zu verabschieden.

Die Frage, wie innerhalb der Senatsverwaltung mit den veränderten verfassungsrechtlichen Auslegungen von Geschlecht, die sich aus der Bundesverfassungsgerichtsentscheidung „Beschluss des Ersten Senats vom 10. Oktober 2017- 1 BvR 2019/16“

(https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2017/10/rs20171010_1bvr201916.html) und den sich daraus ergebenden notwendigen Nachbesserungen in landesspezifischen Gesetzen und Verordnungen umgegangen würde, wurde durch SJIS wie folgt beantwortet: Die Bremer Senatsverwaltung folgt dem Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung i.S.d. Art. 20 Abs. 3 GG, wonach alle Verwaltungsmaßnahmen an Gesetz und Recht gebunden sind. Ohne den Inhalt der Entscheidung anhand des Aktenzeichens zu erkennen, könne versichert werden, dass in diesem Sinne auch die benannte Entscheidung umgesetzt werde.

Anlagen

Anwesenheitsliste
Präsentation Bendrat
Hygiene Konzept